



Nr. 462 | 27.02.2025

Russland-Analysen

- Verhandlungen unter Trump
- Kriegs- und Wirtschaftsentwicklung

KOMMENTAR	
Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: Trump als Game-Changer? Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin)	2
Was hat Russland von der US-amerikanischen Verhandlungsinitiative? Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH))	4
Frieden à la Trump? Drei Probleme und zwei Szenarien Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	6
Stellen die USA und Russland die Ukraine und Europa beim Friedensprozess aufs Abstellgleis? Volodymyr Dubovyk (Nationale I. I. Metschnykov Universität, Odesa; Center for European Policy Analysis, Washington)	9
Verhandlungen ohne zu verhandeln Jens Siebert	11
KOMMENTAR	
Millionen für eine Unterschrift: Russlands Rekrutierung in den Regionen Janis Kluge (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin)	13
Ernüchterung nach dem Fest der Haushaltsausgaben Andrei Yakovlev (Davis Center der Universität Harvard, Cambridge, MA / Freie Universität Berlin)	15
Drei Jahre Krieg: Die Lage der Dinge an den Fronten und in den Armeen Nikolay Mitrokhin (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	17
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	20

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: Trump als Game-Changer?

Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin)

Verhandlungen ohne Plan

Die Wiederwahl Donald Trumps als US-Präsident bringt eine völlig neue Dynamik in Verhandlungen um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Trump und sein Team wollen so schnell wie möglich zu einem Ende des Krieges kommen, ohne einen Plan für einen Waffenstillstand oder Friedensabkommen zu haben. Das wurde aus unterschiedlichen und sich zum Teil widersprechenden Aussagen von Vertretern der US-Administration im Umfeld der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 deutlich. Klar ist, dass der US-Präsident ein Abkommen mit dem russischen Präsidenten Putin anstrebt, ohne die ukrainische Führung und europäische Staaten in die Verhandlungen tatsächlich einzubeziehen. Das entspricht auch den Vorstellungen Putins, der nur mit dem US-Präsidenten über die Ukraine und die europäische Sicherheit sprechen möchte. Jedoch müssen dann die Ukraine und Europa die Konsequenzen für diesen Deal tragen und vor allem die Europäer ihn absichern. Indem US-Vizepräsident J. D. Vance bereits im Vorfeld von Verhandlungen den russischen Forderungen wie die Absage an einen NATO-Beitritt der Ukraine und Abgabe von Territorien der Ukraine an Russland inklusive der Krim entgegengekommen ist, wird deutlich, dass die US-Führung zu umfassenden Konzessionen gegenüber dem Kreml bereit ist, um so schnell wie möglich dieses Thema vom Tisch zu haben.

Jedoch wurde bei einem Treffen im Saudi-Arabischen Riad Mitte Februar von Vertretern beider Seiten deutlich, dass die Verhandlungen komplizierter und langwieriger werden könnten. Ob die russische Führung überhaupt ein Interesse hat, den Krieg zu beenden, ist fraglich. Für den Kreml wäre ein schnelles Ende des Krieges problematisch, da es kaum möglich ist, die Kriegswirtschaft kurzfristig ohne hohe Kosten und ökonomische Verwerfungen zu stoppen. Für das System Putin ist der Krieg gegen die Ukraine als Stellvertreterkrieg gegen den Westen eine zentrale Legitimationsressource geworden. Fällt dieser Krieg weg, treten die sozioökonomischen Probleme und die fehlende Entwicklungsperspektive wieder stärker hervor. Moskau ist in keinerlei Hinsicht von seinen Forderungen gegenüber der Ukraine bisher abgerückt. Neben der Absage an einen NATO-Beitritt und der völkerrechtlichen Abgabe von ukrainischen Territorien, die russische Truppen zum Teil noch nicht einmal erobert haben, würden dazu eine Demilitarisierung der Ukraine kommen sowie Neuwahlen in der Ukraine. Moskaus Strategie könnte darin bestehen, mit Maximalforderungen ein Verhandlungs-

ergebnis zu verhindern bzw. mit dem Ergebnis letztlich eine Kapitulation der Ukraine sowie doch noch einen Regimewechsel zu erreichen.

Delegitimierung durch Wahlen

Die russische Führung versucht bereits seit geraumer Zeit Wolodymyr Selenskyj als ukrainischen Präsidenten zu delegitimieren, indem sie argumentiert, dass turnusmäßig keine Wahlen im März 2024 in der Ukraine durchgeführt wurden. Das war auch nicht möglich, da unter Kriegsrecht laut ukrainischer Verfassung keine Wahlen abgehalten werden dürfen und es defacto unmöglich ist, während eines massiven Angriffskriegs auf das gesamte Land so funktionsfähige Wahlen durchzuführen. Neuwahlen nach einem Waffenstillstand und Aufhebung des Kriegsrechts würden der russischen Führung zwei Ziele ermöglichen: Einmal könnte man durch massive Wahlbeeinflussung am Ende doch noch ein moskaufreundliches Marionettenregime an die Macht bringen. Gelingt das nicht, könnte der Kreml die neugewählte Regierung weiter delegitimieren, da die Wahlen unter problematischen Bedingungen stattfinden würden. Das zweite Ziel ist eine weitere Destabilisierung Europas durch eine massive Fluchtwelle von Ukrainern nach Aufhebung des Kriegsrechts und einer Öffnung der Grenzen. Nicht nur würde die Ukraine potenzielle Soldaten für einen erneuten Angriff Russlands verlieren, sondern würde die Migrationsdebatte wieder aufflammen und die Unterstützung für die Ukraine grundlegend in Frage gestellt.

Das gefährliche ist, dass Trump unter dem Einfluss russischer Desinformation steht, deren Narrative sowie russische Verschwörungstheorien verbreitet. Seine Behauptung Selenskyj sei ein illegitimer Präsident und Diktator kommt direkt aus dem Textbuch russischer Politiktechnologien, die darauf abzielen, Selenskyj zu delegitimieren und Neuwahlen zu erzwingen. In den rechten Netzwerken, in denen sich Trump und sein Umfeld bewegt, sind russische Narrative und Verschwörungstheorien weit verbreitet. Das bedeutet auch, dass die aktuelle US-Führung eher russischen Argumenten glaubt mit Blick auf die Ursachen des Krieges, als diese als Teil von russischer Zersetzungspolitik zu erkennen. Das wird die ukrainische Verhandlungsposition gegenüber Russland weiter schwächen und könnte zu einem Bruch zwischen den USA und der Ukraine führen. Trump wird zum Verstärker russischer Verschwörungstheorien weltweit und entwickelt seine Politik gegenüber der Ukraine auf Basis dieser Narrative.

Neugestaltung der europäischen Sicherheitsordnung

Für die russische Führung sind das alles erstmal gute Nachrichten, da Trump im Prinzip russische Narrative als Realität anerkennt und systematisch die Reste der westlichen Wertegemeinschaft und Allianz zerstört. Ähnlich wie Putin agiert er transaktional und zeigt dabei noch das Fehlen jeglichen diplomatischen Geschicks oder gar Wissen über geopolitische Zusammenhänge. Es gibt keine transatlantische Allianz mehr, wie wir sie kennen und der Zusammenhalt zwischen Europa und den USA erodiert täglich weiter. Damit kommt Putin seinen Zielen näher, Einflusszonen in Europa zu definieren und indirekten ein russisches Veto für alle Sicherheitsfragen zu erhalten. Dem Kreml geht es nicht um vier Regionen im Osten der Ukraine bzw. die Ukraine allein, sondern um die Rolle Russland in der europäischen Sicherheitsordnung sowie im globalen Kontext. Gemeinsam mit Iran und China möchte die russische Führung das Ende der von den USA geprägten Ordnung erreichen und ein Pol in einer multipolaren Ordnung werden. Trump serviert Putin nicht nur die Ukraine, sondern auch Europa, das ohne US-Sicherheitsgarantien sich selbst nicht verteidigen kann. Wenn Putin aber zu viel verlangt und für Trump am Ende ein schlechter Deal herauskommt, könnte er sich auch gegen die russische Führung wenden.

Über den Autor

Dr. *Stefan Meister* leitet das Zentrum für Ordnung und Governance für Osteuropa, Russland und Zentralasien bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Davor war er Direktor des Südkaukasus-Büros der Heinrich Böll Stiftung und Senior Policy Fellow beim European Council on Foreign Relations.

Um so deutlicher wird jetzt, dass die deutsche und europäische Realitätsverweigerung des letzten Jahrzehnts nun zu hohen Kosten für die Ukraine und die Europäer führen wird. Die Kosten von Nichthandeln werden jetzt brutal sichtbar. Europa und die Ukraine sind letztlich der US-Politik weitestgehend ausgeliefert und ohne Unterstützung aus Washington kaum handlungs- bzw. verteidigungsfähig. Die Führungslosigkeit Europas, die die auslaufende deutsche Bundesregierung maßgeblich mit verschuldet hat, könnte nun zu einer Kapitulation der Ukraine führen und ein Ausliefern Europas an russische Interessen. Nach dem Prinzip Hoffnung hatten viele europäische Regierungen erst gehofft, dass Trump nicht nochmal gewählt wird und dann, dass es nicht so schlimm wird. Dabei wurden wichtige Jahre versäumt, in denen Europa sich selbst verteidigungs- und sicherheitspolitisch handlungsfähig gemacht hätte und damit unabhängiger von US-Sicherheitsgarantien. Europa wäre im Moment nicht dazu in der Lage, ohne US-Unterstützung einen Waffenstillstand in der Ukraine abzusichern. Es hätte weder die Truppen, noch die Luftunterstützung oder die Logistik dafür. Jedoch wenn Europa mit am Verhandlungstisch sitzen möchte, dann muss es Angebote an Washington machen, die zeigen, dass es Verantwortung übernehmen kann.

Was hat Russland von der US-amerikanischen Verhandlungsinitiative?

Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH))

Wenige Wochen nach seiner Amtseinführung hat US-Präsident Donald Trump seinem Wahlversprechen, den Krieg in der Ukraine so schnell wie möglich beenden zu wollen, Taten folgen lassen. Zunächst telefonierte er mit Kreml-Chef Wladimir Putin und vereinbarte mit ihm, unverzüglich mit Verhandlungen über die Zukunft der Ukraine zu beginnen. Kurze Zeit später dann, am 18. Februar, trafen sich hochrangige Vertreter Washingtons und Moskaus im saudi-arabischen Riad, um den Weg hin zu einem Frieden in der Ukraine zu ebnen.

Reaktionen aus Moskau

Außenminister Sergej Lawrow bezeichnete das Treffen in Riad im Anschluss als »äußerst fruchtbar«, [1] und auch Putin selbst lobte deren Verlauf und Ergebnis in den Tagen danach. [2] Allem Anschein nach ist Putin für Gespräche offen. Das dürfte ihm allerdings nicht schwerfallen: Während Trump maximalen Druck auf die Ukraine aufbaut, indem er weitere Militärhilfen für Kyjiw an wirtschaftliche Deals knüpft und den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit Beschimpfungen und Diffamierungen überzieht, hat er bereits im Vorfeld des Treffens Putin weitreichende Zugeständnisse in Aussicht gestellt. Diese spiegeln im Wesentlichen Russlands Maximalforderungen wider, allen voran die Abtretung der von Russland annektierten Gebiete in der Ostukraine und keine NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine.

Ob die amerikanische Positionierung Teil einer unkonventionellen Verhandlungsstrategie ist oder, wie viele bereits befürchten, Ausdruck einer einseitigen Parteinahme Trumps für Russlands Interessen, muss sich im Verlauf der weiteren Verhandlungen noch zeigen. Fest steht aber, dass Putin momentan hoffen kann, ohne größere Anstrengungen und mithilfe der USA seinen wichtigsten Zielen ein großes Stück näher zu kommen.

Anerkennung, Legitimation und Neuordnung

Dass Moskau positiv auf die Initiative der USA reagiert hat, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass es in dem ersten Treffen in Riad nicht ausschließlich um eine Verhandlungslösung für die Ukraine ging, sondern insbesondere darum, die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Russland neu aufzustellen. Im Gesprächspaket befanden sich neben der Wiedereröffnung diplomatischer Vertretungen in den jeweiligen Ländern auch Themen zur internationalen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Putin dürfte allein schon durch die exklusive Einladung der USA einem seiner strategischen Ziele ein Stück

nähergekommen sein: der Anerkennung Russlands als wichtigem Gesprächspartner. So rückt das Land wieder ins Zentrum der internationalen Beziehungen. Die USA haben es im Vorfeld des Treffens vermieden (und vermeiden es auch weiter), auf Moskaus Kriegsverbrechen hinzuweisen oder Russland als Aggressor im Ukrainekrieg zu benennen. Stattdessen hat Trump vorgeschlagen, Russland sollte wieder in die G7 aufgenommen werden. So legitimiert Trump, der selbst keinen Wert auf das internationale Recht legt, Russlands Rechtsbrüche, die es mit dem Überfall auf die Ukraine begangen hat.

Aus der Perspektive des Kremls setzt sich mit der neuen Haltung der USA gegenüber Russland und den Rissen, die nach der Wahl Trumps im transatlantischen Verhältnis entstanden sind, eine multipolare Weltordnung weiter durch, die Russland schon seit längerem voranzutreiben versucht. Darin nimmt das relative Gewicht der USA und Europas, und damit auch die Rolle der liberalen Weltordnung, kontinuierlich ab. Trump muss für Moskau wie der Vollstrecker dieses epochalen Wandels wirken. Putin wird daher dessen Einladung zu Verhandlungen eher als Zeichen der Schwäche, denn als Stärke verstehen.

Einflussphären zurückgewinnen

Indem die USA Russland als legitimen Gesprächspartner anerkennen und die geltende internationale Rechtsordnung ignorieren, akzeptieren sie auch die geopolitischen Interessen Russlands als legitim. Diese sind im Wesentlichen darauf ausgerichtet, die Kontrolle über die Länder der russischen Nachbarschaft zurückzugewinnen und so eine exklusive Einflusszone zu schaffen, in der die Souveränität der Nachbarländer deutlich eingeschränkt ist.

Auch hier zeigt sich die weltanschauliche Überschneidung im Denken von Putin und Trump, die vor allem in der Geringschätzung der derzeitigen regelbasierten Ordnung liegt. Trump orientiert sich am »Recht des Stärkeren« und geht über die Souveränität und territoriale Integrität von Staaten hinweg, wenn diese ihm im Wege stehen. Auch Putin denkt in Großmachtkaategorien und imperialen Modi, um seine neo-imperialen Ambitionen durchzusetzen. So stellte Außenminister Lawrow nach dem Treffen in Riad nicht ohne einige Erleichterung fest: »Man hört uns zu.«

Kriegskosten reduzieren

Auch die hohen Kosten des Krieges dürften für Putin ein Grund sein, sich Verhandlungen nicht zu verschließen. Zwar konnte Russland in der Ukraine im letzten Jahr Terrain dazugewinnen, dies allerdings nur unter

massiver Aufwendung finanzieller und ökonomischer Ressourcen. Die Kriegswirtschaft läuft am Limit und kommt mit der Beschaffung und Ausrüstung kaum hinterher. [3] Der Ukrainekrieg bindet militärische und ökonomische Kräfte, die Russlands Handlungsfähigkeit im Inneren wie Äußeren beschränken.

So liegen offenbar große Hoffnungen darauf, dass im Zuge weiterer Gespräche mit den USA die Wirtschaftssanktionen gegen Russland gelockert, neue Investitionen ins Land geholt und die russische Wirtschaft insgesamt deutlich entlastet werden könnte. Innenpolitisch verschaffen die Gespräche der russischen Bevölkerung eine kleine psychologische Verschnaufpause. In einer Befragung von Oktober 2024 befürworteten 55 Prozent die rasche Aufnahme von Friedensverhandlungen. [4]

Vorsicht

Während die US-Administration unter Druck steht, ihr Wahlversprechen einzulösen, hat Putin wenig zu verlie-

ren. So kann er sich in den Verhandlungen auf seine strategischen Ziele konzentrieren und dabei auch versuchen, die Kriegskosten zu reduzieren. Es ist nicht zu erwarten, dass unter diesen Bedingungen ein stabiler und gerechter Frieden in und für die Ukraine verhandelt wird.

So sehr die Lage derzeit Russland in die Hände spielt: Auch der Kreml weiß, dass Trump unberechenbar ist. So muss man in Moskau damit rechnen, dass der amerikanische Präsident seine Versprechungen wieder zurücknimmt, sollten die Verhandlungen nicht so laufen, wie ihm es gefällt, oder als Druckmittel weitere Sanktionen gegen Russland verhängt. Scheitert der Verhandlungsprozess, ist zu erwarten, dass sich das Verhältnis zwischen Russland und den USA um ein weiteres Mal verschlechtert. Moskau hätte dann einen Grund mehr, seinen Krieg in der Ukraine weiterzuführen – dann vielleicht mit noch größerer Härte und Entschlossenheit.

Über die Autorin:

Dr. phil. *Regina Heller* ist seit 2009 Wissenschaftliche Referentin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Sie studierte Politikwissenschaft, Ostslawistik und osteuropäische Geschichte in Mainz, Hamburg und Middlebury/Vt. 2014 – 2015 vertrat sie die Professur für Politikwissenschaft, insbesondere internationale Sicherheitspolitik und Konfliktforschung an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Verweise

- [1] Foreign Minister Sergey Lavrov's statement and answers to media questions following talks with US administration officials, Riyadh, February 18, 2025: https://mid.ru/en/foreign_policy/news/1998294/.
- [2] Putin Praises U.S.-Russia Talks as 'First Step' Towards Restoring Ties, The Moscow times, 19.02.2025: <https://www.themoscowtimes.com/2025/02/19/putin-praises-us-russia-talks-as-first-step-toward-restoring-ties-a88081>.
- [3] Bank Rossii: Elvira Nabiullina's speech at State Duma's plenary session, 19.11.2024: <https://www.cbr.ru/press/event/?id=23180>.
- [4] Levada-Center: The conflict with Ukraine: attention, support, attitude to peace negotiations and to contract military service in October 2024, 12.11.2024: <https://www.levada.ru/en/2024/11/12/the-conflict-with-ukraine-attention-support-attitude-to-peace-negotiations-and-to-contract-military-service-in-october-2024/>.

Frieden à la Trump? Drei Probleme und zwei Szenarien

Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung

Die vom neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump angestoßene Friedensinitiative für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine basiert auf einem Einfrieren des militärischen Konflikts bei weitgehendem Verzicht auf Sicherheitsgarantien und Unterstützung für die Ukraine. Aus der Perspektive der internationalen Sicherheitsordnung, die etwa im Rahmen von UN-Konventionen formal von allen Staaten der Welt akzeptiert wurde und die auch Europa seit dem Zweiten Weltkrieg geprägt hat, gibt es drei Probleme mit dem amerikanischen Vorschlag, die im Folgenden erläutert werden. Diese Probleme sagen aber nichts darüber aus, was tatsächlich zu erwarten ist. Am Ende dieses Kommentars skizziere ich deshalb kurz zwei wahrscheinliche Szenarien für die weitere Entwicklung.

Problem 1: Terrorregime in den besetzten Gebieten

Russland kontrolliert *de facto* derzeit knapp ein Fünftel des ukrainischen Staatsgebietes. Der Bevölkerung in den von Russland besetzten Gebieten bringt eine Verhandlungslösung keinen Frieden. Sie würde auf Dauer von russischen Besatzern terrorisiert, wie beispielhaft die Berichte des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UNO[1] oder auch des amerikanischen Außenministeriums[2] sowie ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte[3] belegen. Diebstahl und Enteignung durch russische Armeeeingeborene sind an der Tagesordnung. Es gibt umfangreiche Kontrollen auf pro-ukrainische Einstellungen (»Filtration«), willkürliche Erschießungen und Hinrichtungen, Foltergefängnisse und massenhafte Verschleppung von Kindern, die in Russland zwangsadoptiert werden. Da die besetzten Gebiete von Russland abgeschottet werden – internationale Organisationen oder unabhängigen Medien haben kaum Zugang –, wird der ganze Umfang russischer Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen nur dort deutlich, wo die russischen Truppen abgezogen sind.

Problem 2: Sicherheitsgarantien für die Ukraine

Russland hat die territoriale Integrität der Ukraine mehrfach anerkannt. Bereits der Vertrag zur Auflösung der Sowjetunion 1991 garantierte die territoriale Integrität. Im Budapester Memorandum bestätigte Russland 1994 nicht nur die territoriale Integrität der Ukraine, sondern auch den Verzicht auf militärischen oder wirtschaftlichen Zwang als Gegenleistung für die Übergabe

der ukrainischen Atomwaffen an Russland. Im 1999 in Kraft getretenen russisch-ukrainischen Freundschaftsvertrag[4] wurde erneut die Unverletzbarkeit der Grenzen bestätigt. 2003 unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin persönlich den internationalen Vertrag[5], der den genauen Verlauf der russisch-ukrainischen Grenze festlegte.

Alle diese Garantien der ukrainischen Grenzen hat Russland bereits 2014 mit der Annexion der Krim dauerhaft gebrochen. Außerdem hat Russland seit 2014 über den Einsatz der eigenen Armee in der Ukraine immer gelogen. So wurde behauptet, die russische Armee sei nicht an der Annexion der Krim beteiligt gewesen. Ein Jahr später gab Putin selbst den russischen Einsatz zu. Russland bestreitet bis heute die Verantwortung für den Abschuss eines zivilen Flugzeugs (MH17) über der Ostukraine im Sommer 2014, obwohl das zuständige niederländische Gericht klare Beweise für die Beteiligung der russischen Armee und die Verantwortung der russischen politischen Führung vorlegte. Ebenso hat Russland bestritten, die eigene Armee vor 2022 in den Separatistengebieten in der Ostukraine stationiert zu haben, obwohl es regelmäßig Beweise für die Anwesenheit russischer Truppen[6] gab. Noch wenige Tage vor dem Großangriff auf die Ukraine im Februar 2022 leugnete Russland vehement entsprechende Pläne und bezeichnete sie als westliche Panikmache und Propaganda.

Wenn jetzt eine Verhandlungslösung erreicht wird, gibt es keine Garantie, dass sich Russland an entsprechende Vereinbarungen hält. Wenn die Ukraine sicher sein will, dass sie nicht wieder wie 2014 oder 2022 von Russland überfallen wird, braucht sie robuste Sicherheitsgarantien.

Problem 3: Präzedenzfall

Es geht allerdings nicht nur um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Eine Verhandlungslösung mit Russland würde der ganzen Welt demonstrieren, dass massive, bewusst geplante Kriegsverbrechen[7] folgenlos bleiben und Kriege wieder für Gebietsgewinne genutzt werden können. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind Eroberungskriege nicht nur durch internationales Recht verboten, sondern Kriege zwischen Staaten[8] sind tatsächlich zu einer Ausnahme geworden. Versuche, durch Annexionen Staatsgrenzen zu verschieben, werden international nicht anerkannt.

Jede aktuell realistische Verhandlungslösung mit Russland würde aber die russische Besetzung von Teilen des ukrainischen Staatsgebietes akzeptieren. Das wäre ein globales Signal, dass Eroberungen möglich

sind, und eine bessere militärische Vorbereitung die entsprechenden Kosten reduziert. Folge wäre nicht nur ein stärkeres Wettrüsten in vielen Weltregionen, sondern der vermeintliche Frieden in der Ukraine würde Eroberungskriege in der Welt wahrscheinlicher machen.

Das Verschieben von Staatsgrenzen durch einen Angriffskrieg und massenhafte Kriegsverbrechen könnten wieder dauerhaft Teil von Außenpolitik werden. Das gilt nicht nur für weitere russische Ansprüche gegenüber Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, sondern betrifft auch Chinas Ansprüche gegenüber Taiwan oder z. B. die militärische Intervention Ruandas im Kongo. Die derzeit regelmäßig von Trump formulierten territorialen Ansprüche etwa bezüglich des Gazastreifens oder Grönlands passen auch in dieses Bild einer Welt des 19. Jahrhunderts, in der die stärkere Armee immer Recht hat.

Szenario 1: Russland will mehr

Diese Probleme prägen aber nicht den amerikanischen Vorschlag für Verhandlungen mit Russland. Die weitere Entwicklung des Krieges hängt nun vielmehr von der russischen Reaktion ab. Russland hat den Anspruch auf fünf ukrainische Regionen in seine Verfassung geschrieben. Einen großen Teil dieses Gebietes kontrolliert Russland nicht. Gleichzeitig bedeutet die russische Forderung nach »Entmilitarisierung« und »De-Nazifizierung« der Ukraine, dass die Ukraine keine Möglichkeit haben soll, einen zukünftigen russischen Angriff abzuwehren und dass eine pro-russische Führung in der Ukraine installiert wird. *De facto* würde dies für die Ukraine eine vollständige Abhängigkeit von Russland bedeuten.

In diesem Kontext ist es schwer vorstellbar, dass sich die ukrainische Armee an die Grenzen der von Russland beanspruchten Regionen zurückzieht. Dort gibt es keine Verteidigungsstellungen und die Wirtschaftskraft und das Transportnetz des Landes würden durch die Gebietsaufgaben weiter geschwächt. Gleichzeitig zeigen alle Meinungsumfragen, dass die Unterstützung für die russischen Ansprüche und eine pro-russische Führung in der ukrainischen Bevölkerung minimal ist. Zum Beispiel erklärten im September 2024 in einer Umfrage des renommierten Umfrageinstituts KIIS[9] gerade einmal 5 von über 2.000 Befragten eine »sehr gute« Einstellung gegenüber Russland zu haben, weniger als 3 % waren auch nur ansatzweise positiv. In einer Umfrage von DIF und Razumkov Zentrum[10] im August 2024 erklären nur 9 %, dass sie bereit wären den Verlust der von Russland besetzten Gebiete anzuerkennen, um den Krieg zu beenden.

Um ihre erklärten Kriegsziele zu erreichen, kann die russische Führung deshalb entscheiden, den Krieg fortzuführen, falls sie davon ausgeht, langsam aber sicher militärisch erfolgreich zu sein. In diesem Fall dienen

Friedensverhandlungen nur dazu, die internationale Aufmerksamkeit abzulenken und Zeit zu gewinnen, in der es keine amerikanische Unterstützung für die Ukraine gibt.

Wenn die Verhandlungen mit Nordkorea in der ersten Amtszeit Trumps einen Anhaltspunkt bieten, dann dürften die USA in diesem Fall schnell das Interesse an komplexen und nicht erfolgversprechenden Friedensverhandlungen verlieren und sich anderen Themen zuwenden. Ob die USA nach einer russischen Ablehnung der Friedensverhandlungen die militärische Unterstützung für die Ukraine fortsetzen bzw. wiederaufnehmen würden, ist nicht vorhersagbar. Für den Fortbestand einer unabhängigen Ukraine wäre auf jeden Fall nachhaltige militärische Unterstützung erforderlich.

Szenario 2: Russland braucht Atempause

Ein Abkommen zur Beendigung des Krieges oder für einen Waffenstillstand ist möglich, wenn die russische Führung davon ausgeht, dass eine Pause nötig ist, um die eigene Wirtschaft zu stabilisieren und die Armee zu stärken. Die Hoffnung auf eine Rücknahme von Sanktionen oder zumindest weniger Druck auf Drittländer, die Sanktionen zu beachten, könnte dabei eine Rolle spielen.

Zu bedenken ist auch, dass die russischen Probleme von außen schwer einzuschätzen sind und größer sein können, als von vielen vermutet. So gibt es Analysen, die zeigen, dass Russland bei der Rekrutierung von Soldaten[11] zunehmend Probleme hat und wahrscheinlich keine Truppen mehr besitzt, die zu einem schnellen Vorstoß über weite Strecken ausgebildet sind. An entsprechenden Problemen scheiterte bereits die Invasion im Frühjahr 2022. Ebenso könnten in Russland aufgrund der hohen Verluste[12] bestimmte Waffen, etwa Panzer[13], oder auch erforderliche Bauteile, wie Computerchips[14] oder Geschützrohre[15], so knapp werden, dass die Armee ihre Kampfkraft verliert. Auch sind die langfristigen Schäden durch ukrainische Drohnenangriffe[16] auf russisches Gebiet schwer einzuschätzen.

Bezeichnend könnte sein, dass es Russland immer noch nicht geschafft hat, die von Präsident Putin bereits für den letzten Herbst angeordnete vollständige Rückeroberung der russischen Region Kursk zu erreichen. Ebenso hat Russland die Kontrolle über das Schwarze Meer weitgehend verloren. Etliche Expert:innen werden mit der Einschätzung zitiert, dass Russland die aktuelle Kriegsführung nur noch etwa ein Jahr durchhalten kann.

Möglich wäre dadurch eine Friedenslösung entsprechend des amerikanischen Vorschlags, der ein Einfrieren des Konflikts entlang der aktuellen Frontlinie bedeutet. Dies hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auch in letzter Zeit wiederholt als mögliches Ergebnis angedeutet. Es bedeutet aber, dass Russland weitere Gebietsforderungen gegenüber der Ukraine aufrecht

hält und versuchen wird, in der Ukraine eine pro-russische Führung zu installieren. Kurzum, es ist zu erwarten, dass Russland die Verhandlungslösung sabotieren wird, wie es das bereits im Fall der Minsker Abkommen^[17] praktiziert hat. Ergebnis wären ein Wettrüsten zwischen Russland und der Ukraine sowie eine instabile Lage an der Frontlinie, welche eskaliert sobald eine Seite für sich militärische Vorteile sieht.

Ausblick

Die oft wiederholte Aussage, dass jeder Krieg durch Verhandlungen endet, verstellt den Blick dafür, dass in vielen Fällen – vom Zweiten Weltkrieg bis zum Abzug der USA aus Afghanistan – dabei keine Lösung ausgehandelt wurde, sondern das Ergebnis durch den Krieg vorgegeben war. Umgekehrt bringen echte Verhandlungs-

lösungen keinen Frieden, wenn sich nicht alle Seiten verpflichtet fühlen, sich auch dann noch an das Verhandlungsergebnis zu halten, wenn eine erneute militärische Eskalation erfolge verspricht.

Die aggressive russische Rhetorik, Großmachtsprüche und hybride Angriffe nicht nur auf Moldawien, sondern auch auf EU-Mitgliedsländer bedeuten, dass Russland nach einem Erfolg in der Ukraine nicht einfach zufrieden und friedlich werden dürfte, sondern den Erfolg eher als Ermutigung verstehen dürfte, den eigenen Einfluss weiter auszuweiten. Dementsprechend ist die einzige Alternative zur längerfristigen Fortführung des Krieges die nachhaltige Abschreckung Russlands von weiteren Angriffen auf die Ukraine. Dies dürfte ohne eine deutlich größere und mutigere militärische Unterstützung aus Europa kaum zu erreichen sein.

Über den Autor

Prof. Dr. *Heiko Pleines* leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Verweise

- [1] <https://ukraine.un.org/en/264057-human-rights-situation-during-russian-occupation-territory-ukraine-and-its-aftermath>
- [2] <https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/ukraine/russia-occupied-areas/>
- [3] <https://prd-echr.coe.int/web/echr/w/grand-chamber-judgment-in-an-inter-state-case>
- [4] https://de.wikipedia.org/wiki/Russisch-ukrainischer_Freundschaftsvertrag
- [5] https://de.wikipedia.org/wiki/Russisch-ukrainischer_Grenzvertrag_2003
- [6] <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/261/die-umsetzung-der-minsker-vereinbarungen-was-ist-moeglich/>
- [7] https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegsverbrechen_im_Russisch-Ukrainischen_Krieg
- [8] <https://ourworldindata.org/war-and-peace>
- [9] <https://doi.org/10.48320/CAC998AE-822F-46F1-B4B3-CCF117BA4099>
- [10] <https://doi.org/10.48320/305C69F5-5595-4C39-9E1D-0AD02AE57105>
- [11] <https://meduza.io/en/feature/2024/12/04/even-after-doubling-its-sign-on-bonus-payment-the-russian-army-s-recruitment-rate-is-falling-losses-may-now-outpace-new-enlistments>
- [12] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1334286/umfrage/russische-verluste-von-ausruestungen-im-krieg/>
- [13] <https://www.reuters.com/world/europe/russia-sustaining-loss-forces-better-than-ukraine-says-iiss-research-centre-2025-02-12/>
- [14] <https://www.internationalaffairs.org.au/australianoutlook/in-russia-the-chips-are-down/>
- [15] <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/ukrainekrieg--in-russlands-streitmacht-werden-geschuetzrohre-knapp-35403992.html>
- [16] <https://www.forbes.com/sites/davidaxe/2025/01/29/ukrainian-drones-flew-500-miles-and-in-a-single-strike-damaged-5-of-russias-oil-refining-capacity/>
- [17] <https://libmod.de/10-jahre-abkommen-von-minsk-10-lehren-fuer-verhandlungen-mit-moskau/>

Stellen die USA und Russland die Ukraine und Europa beim Friedensprozess aufs Abstellgleis?

Volodymyr Dubovyk (Nationale I. I. Metschnykov Universität, Odesa; Center for European Policy Analysis, Washington)

Overtüren für Friedensangebote und zur Beendigung von Russlands Krieg gegen die Ukraine liegen in der Luft. Sie gehen im Wesentlichen von Washington aus. Es gibt viel Rhetorik und große Reden, aber kaum klare Vorstellungen darüber, wie man zu einem Friedensabkommen kommen soll. Die meisten Expert:innen beteiligen sich am Ratespiel und versuchen zu entschlüsseln, welche Worte was genau bedeuten – und ob sie überhaupt etwas bedeuten.

Auch die US-Regierung von Joe Biden war der Meinung, dass dieser Krieg eines Tages höchstwahrscheinlich mit einer Verhandlungslösung enden wird. Aber es gibt natürlich große Unterschiede zwischen den Vorstellungen der alten und neuen US-Regierung, von denen im Folgenden vier zentrale Punkte aufgegriffen werden, um den Kurswechsel im Weißen Haus zu verdeutlichen.

Die Position der USA hat sich dramatisch gewandelt

1. Bisher gab es stets Gewissheit darüber, dass die USA fest an der Seite der Ukraine stehen. Nun aber wecken Aussagen, die nicht mehr länger zwischen Aggressor und Opfer unterscheiden oder zwischen traditionellen Verbündeten und Gegnern der USA, Zweifel daran.
2. Die Regierung Biden hatte erkannt, dass Kyjiw zur Erreichung eines Abkommens von Washington dazu bewegt werden müsste. Aber die Rolle und Handlungsfähigkeit der Ukraine wurde respektiert und anerkannt, denn schließlich ging es um die Zukunft der Ukraine. Das Drängen wäre außerdem wohl eher subtil und sanft erfolgt. Beim neuen Präsidenten Donald Trump hingegen gibt es keine Subtilität – stattdessen könnte er die Interessen der Ukraine sogar völlig vernachlässigen, Kyjiws Befürchtungen, dass eine mögliche Einigung nicht fair oder dauerhaft sein könnte, ignorieren und eine schroffe »Zuckerbrot und Peitsche«-Taktik anwenden, um eine Einigung zu erzielen. Die offensichtlichste »Peitsche« wäre die Kürzung der militärischen Unterstützung für die Ukraine. Trump könnte aber auch in einen transaktionistischen Modus wechseln, wie der jüngste Vorstoß – Forderungen an ukrainischen Seltenen Erden im Gegenzug für die weitere Unterstützung – zeigt.
3. In Washington war man sich darüber im Klaren, dass man die Ukraine sowohl militärisch als auch humanitär unterstützen muss, um zu versuchen,

das Kräfteverhältnis und den Status quo auf dem Schlachtfeld auszugleichen und so die Ukraine am Verhandlungstisch in eine Position der Stärke zu bringen. Von der neuen US-Regierung sehen wir in diesem Punkt keine Klarheit. Einerseits hat Trump in der Vergangenheit gedroht, wenn Putin sich nicht auf Frieden einlässt, können die USA die Ukraine mit weiteren Waffen »überschwemmen« und Russland mit strengen Sanktionen treffen. Andererseits gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Trump-Administration sich darauf vorbereitet, den Kongress um mehr Mittel für die Lieferung von Waffen an die Ukraine zu bitten (auch wenn sich das im Laufe der Zeit ändern könnte).

4. Die Biden-Administration war sich stets einig, dass die wichtigsten Verbündeten und Unterstützer der Ukraine Teil des Friedensprozesses sein müssen. Schließlich war in den letzten drei Jahren die Schaffung und Aufrechterhaltung der pro-Ukraine-Koalition die vielleicht größte Leistung dieser Regierung. Bei der neuen US-Administration hat man den Eindruck, dass das Weiße Haus den Entscheidungsprozess monopolisieren und so verhindern will, dass die Ukrainer und Europa eine zu wichtige Rolle dabei spielen. Gleichzeitig will Washington aber die Umsetzung letztlich an Europa delegieren: Europa soll für die Kosten aufkommen, der Ukraine Sicherheitsgarantien geben, bei Bedarf Friedenstruppen schicken und vieles mehr. Mit anderen Worten, es sieht so aus, als ob Washington das Abkommen mit Moskau über die Köpfe der Ukrainer:innen und Europäer:innen hinweg aushandeln und dann die eigenen Hände in Unschuld waschen will, indem die ganze »echte« Arbeit und Umsetzung delegiert wird. Es gibt gute Gründe daran zu zweifeln, dass es so funktionieren wird. Es ist auch kein Wunder, dass Kyjiw und seine wichtigsten europäischen Verbündeten gegen solch ein Vorgehen protestiert haben. Zwischen den beiden Kriegsparteien gibt es zahlreiche Differenzen in praktisch allen Punkten. Im Moment gibt es keine Anzeichen, dass die Trump-Mannschaft bereit ist, diese Differenzen anzugehen (bzw. diese ihnen überhaupt bewusst sind), um ein Abkommen zu erzielen. Es scheint aber ein Verständnis dafür zu geben, dass Russland *de-facto* weiterhin Kontrolle über einige besetzte Gebiete der Ukraine behalten wird. Es gibt allerdings keine Gewissheit darüber, um welches Territorium genau es sich dabei handelt. Dies kann

sich auch noch ändern im Laufe von weiteren Kampfhandlungen vor, während oder sogar noch nach einem möglichen Abkommen (wie es beim Kampf um Debaltsewe der Fall war, wo – damals noch verdeckte – reguläre russische Einheiten nach der Unterzeichnung des Minsk II-Abkommens kämpften). Die Ukraine hat hingegen mehrfach klar formuliert, dass sie ihre Gebiete niemals formal an Russland abgeben werde. Und wird sich Moskau zufriedengeben mit der Teilkontrolle von vier ukrainischen Regionen (Luhansk, Donezk, Saporischschja, Cherson) entlang der Frontlinie, oder wird Moskau auf die Kontrolle über das gesamte Territorium der vier Regionen bestehen?

Die NATO-Frage und Sicherheitsgarantien

Noch mehr Differenzen bestehen hinsichtlich der potenziellen NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Kyjiw hat erklärt, dass es nur dann einen Abkommen zustimmen wird, wenn es eine klare Beitrittsperspektive erhält – ein Ziel, das formal in der ukrainischen Verfassung verankert ist. Moskau hingegen will ein für alle Mal diese Perspektive begraben. Und wie steht Washington dazu? Scheinbar gibt es keine Unterstützung dafür, aber gilt dies nur für jetzt, mittelfristig oder für immer? Wird die Regelung dazu Teil eines möglichen Abkommens werden, und wenn ja, was wird der genaue Wortlaut? Die Ukraine hat in der Vergangenheit bereits mehrfach negative Erfahrungen mit Abkommen gemacht, darunter den Minsker Vereinbarungen, die so mehrdeutig formuliert waren, dass sie praktisch nicht umsetzbar waren. Und wenn die NATO-Frage nicht explizit im Abkommen erwähnt wird oder hinter vagen Aussagen versteckt – wäre das akzeptabel für Moskau? Andererseits gibt es bestimmte Formulierungen, die vermutlich für Kyjiw nicht akzeptabel sein werden. Ist die Idee eines temporären Moratoriums für die NATO-Mitglied-

schaft der Ukraine, was in Washington bereits erwogen wurde, noch auf dem Tisch? Wenn ja, wie sollten die Details aussehen und was wäre der Zeitraum für solch ein Moratorium?

Die Sicherheitsgarantien, auf die Kyjiw drängt, sind ein weiteres großes Problem. Russland will die Ukraine »demilitarisieren« und ihre zukünftige militärische Kooperation mit westlichen Verbündeten unterbinden. Kyjiw hingegen verfolgt natürlich diametral entgegengesetzte Interessen. Aus Washington weiß man dazu nur wenig. Zuletzt hörte man von dort, Europa sollte die Sicherheit garantieren. Aber will Europa das überhaupt – und ist es dazu in der Lage? Die ehrlichste Antwort darauf lautet nein. Die USA müssten sich daran beteiligen, damit das klappt.

Viel Ungewissheit auf dem weiteren Weg

Dasselbe gilt für einen möglichen internationalen Friedenseinsatz. Selenskyj sprach von mindestens 100.000 Soldaten, die es für solch eine Mission bräuchte. Die europäischen Staaten haben schlicht nicht genügend Soldat:innen, Waffen und Ausrüstung, um es ohne die USA zu schaffen. Davon einmal abgesehen, dass Russlands Sichtweise auf solch eine Mission mit Sicherheit davon abhängen wird, ob die USA daran beteiligt sind, oder nicht.

Zusammengenommen lässt sich sagen, dass Präsident Trump zwar eindeutig das Ziel verfolgt, ein schnelles Abkommen zu erzielen, aber es keinen klaren, detaillierten »Friedensplan« gibt. Es gibt kaum eine Vorstellung über grundlegende Elemente eines solchen potenziellen Abkommens. »Der Teufel steckt im Detail«, lautet ein bekanntes Sprichwort, und das trifft in diesem Falle sicherlich zu.

Aus dem Englischen von Dr. Eduard Klein

Über den Autor

Dr. *Volodymyr Dubovyk* ist außerordentlicher Professor in der Abteilung Internationale Beziehungen an der Nationalen I. I. Metschnykov Universität in Odesa und Direktor des dortigen Zentrums für Internationale Studien. 2022 – 2023 lehrte er an der Fletcher School of Law and Diplomacy der Tufts University und 2024 war er DAAD-Gastprofessor an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Er ist außerdem Senior Fellow am Center for European Policy Analysis in Washington D.C. Seine Fachgebiete sind Außenpolitik, transatlantische Beziehungen und Sicherheitspolitik mit Schwerpunkt auf der Schwarzmeerregion.

Verhandlungen ohne zu verhandeln

Jens Siegert

Der neugewählte US-Präsidenten Donald Trump könnte schon im Herbst, er werde binnen eines Tages den Krieg Russlands gegen die Ukraine – den er natürlich nicht so nennt – beenden. Das hat nun erstaunlicherweise – hier ist wohl der Hinweis nötig, dass das nicht Ironie, sondern Sarkasmus ist – nicht geklappt. Vor allem hat Trump, bei allem Großsprechen, eines gerade nicht erlangt: die Handlungsinitiative. Alles, was Trump bisher getan hat, nützt Putin: Vom Ausschluss eines ukrainischen NATO-Beitritts, über die rhetorische Demontage Selenskyjs bis zum Kurswechsel in den UN, in denen die USA in der letzten Februarwoche zusammen mit Russland, Nordkorea und Ungarn gegen eine neue Ukraine-Resolution gestimmt haben (während sich China enthalten hat).

Vor allem aber hat Trump die NATO fast nutzlos gemacht. Ihre Abschreckungswirkung gegenüber Russland fußt wesentlich auf der Beistandsgarantie für angegriffene Mitglieder in Artikel 5. Kaum jemand in Russland glaubt noch daran, dass die USA einem von Russland angegriffenen europäischen NATO-Mitglied tatsächlich zur Seite eilen würden. Das macht, zusammen mit einem für den Kreml günstigen Waffenstillstand in der Ukraine, russische Angriffe auf NATO-Staaten wahrscheinlicher. Es geht dabei nicht so sehr um neue Kriege als eher ständige Bedrohungen, Druck, aber auch eher weniger als mehr verdeckte militärische Operationen ähnlich der auf der Krim oder im Donbas ab 2014.

Trump hat also vieles aufgegeben, nur um Verhandlungen mit Putin beginnen zu können. Nun kann man sagen, dass es sich dabei vor allem um Zugeständnisse handelt, die ohnehin gemacht hätten werden müssen. Kaum jemand glaubt an eine schnelle Rückkehr der Krim zur Ukraine – wenn überhaupt. Auch die Rückeroberung des ukrainischen Ostens ist angesichts der halbherzigen westlichen Unterstützung der Ukraine in weite Ferne gerückt. Ein NATO-Beitritt der Ukraine war auch schon vor Trump mehr eine rhetorische Floskel als eine reale Perspektive.

Für Putin ist aber allein der Beginn der Verhandlungen, vor allem aber das Format USA-Russland, während Europäer und die Ukraine maximal am Katzenstisch dabei sind, ein Erfolg. Verhandlungen sind für den Kreml im vierten Jahr des Krieges zwar wünschenswert, aber keinesfalls notwendig. Sie bezeugen zudem die lange angestrebte *Augenhöhe* mit den USA und sind ein (weiterer) Schritt in Richtung weitgehender Dominanz auf dem Kontinent, wie Äußerungen Trumps darüber, dass die Europäer nun allein zurecht zu kommen hätten, zeigen.

Die Europäer hätten theoretisch die Option, die Ukraine im Alleingang weiter zu unterstützen, aber momentan sieht es nicht danach aus, dass die sich dazu tatsächlich aufrufen könnten. Sie scheinen sich damit abzufinden, eine amerikanisch-russische Einigung abzusichern. Ob es zu einer Einigung überhaupt kommt, Trump also alle russischen Forderungen erfüllen wird, bleibt vorerst unklar. Für Putin müsste ein akzeptables Abkommen wohl mindestens vier Bedingungen erfüllen: 1. Die Ukraine muss aus der NATO herausgehalten werden – das hat schon mal geklappt. 2. Die Sanktionen müssen substantiell gelockert werden – dem stehen bisher die Europäer im Weg. 3. Russland muss die Kontrolle über mögliche weitere Eskalationen behalten – das widerspricht dem US-Ziel einer *endgültigen* Lösung. 4. Russland erhält eine Einflusszone, die weit in die EU hineinreicht – im Grunde bis an den alten Eisernen Vorhang, was einem EU-Selbstmord gleichkäme.

Allerdings braucht Putin eine umfassende und fixierte Einigung weit weniger als Trump. Für ihn bieten die bereits von Trump gemachten Zugeständnisse und die Tatsache der Verhandlungen selbst ausreichend Möglichkeiten schon jetzt einen Sieg zu verkünden. Das gilt umso mehr, sollte es Trump gelingen, die Ukraine dazu zu bringen, die *gegenwärtigen Realitäten* – ein Kremlsprech für die territorialen Verluste der Ukraine im Krieg – anzuerkennen.

Allein deshalb ist auch ein umfassender Deal, den Trump wohl anstrebt, zumindest aber immer wieder vollmundig für kurz bevorstehend ankündigt, unwahrscheinlich. Dafür sind, trotz aller Zugeständnisse, die Positionen der USA und Russlands – nicht zu sprechen von Europa und der Ukraine – weiter zu weit auseinander. Zudem ist unklar, wie die von Moskau geforderten *eisenharten Garantien*, dass die Ukraine nicht der NATO beitrifft und sich der Westen in allen erdenklichen Formen aus der Ukraine zurückzieht, aussehen könnten. Zahlreiche bilaterale Sicherheitsabkommen müssten annulliert werden, Selenskyj kein Präsident mehr sein und die ukrainische Verfassung geändert werden. Das alles wäre schwierig und kaum schnell zu bewerkstelligen, ganz abgesehen davon, dass es nicht in Trumps (alleiniger) Macht steht. Trump ist, trotz aller Pose, im Westen nicht so allmächtig, wie Putin – zumindest kurz und mittelfristig – in Russland. Auch die Ukraine und die EU plus Großbritannien haben Handlungsmacht.

Das Problem für Trump ist, dass er nicht in der Lage ist, Putin (alles) zu geben, was er will, selbst wenn er dazu bereit wäre – was auch zweifelhaft ist. Keine Entscheidung, die im Weißen Haus getroffen wird, ist

für Europa oder gar für die nächste US-Regierung bindend. Und das weiß auch Putin. Auch deshalb helfen Trumps Versuche, die Ukraine zu Verhandlungen zu zwingen und Europa *für die eigene Sicherheit verantwortlich* zu machen, in erster Linie Putin. Für Putin hingegen sind die Gespräche mit den USA eher zweitrangig. Am wichtigsten dürfte ihm sein, eine *freundliche* Ukraine zu bekommen.

Der Grundsatz der russischen Verhandlungsführung scheint, soweit sich das inzwischen sagen lässt, darin zu liegen, die so plötzlich fast schon warme Atmosphäre zwischen Russland und den USA möglichst lange so zu halten. Dafür scheint der Kreml durchaus zu kleineren, nicht prinzipiellen Zugeständnissen bereit. Ein Beispiel ist die Freilassung eines US-Gefangenen, ohne sofortige Gegenleistung zu fordern, sondern sich mit dem Versprechen darauf zufriedenzugeben. Nichts, was Moskau wirklich weh tun würde, sollte die Gegenleistung ausbleiben. Im Gegenteil ließe sich Trump dann als zumindest unzuverlässiger Geselle darstellen, Putin dagegen als seriöser und satisfaktionsfähiger Verhandlungspartner. Gegenwärtig sieht es so aus, als ob Trump und seine Verhandler das nicht sehen oder nicht sehen wollen.

Daher und je öfter wir von Trump und seinen Leuten hören, ein Ende des Krieges sei nur eine Frage von Wochen, Tagen oder gar Stunden, sollten wir uns auf einen langen Verhandlungsprozess einstellen. Auch militärische Eskalation von Seiten Russlands ist jederzeit möglich. Der Kreml dürfte das zu vermeiden suchen, aber nicht um jeden Preis. Und sei es nur, um zu demon-

strieren, dass Russland jederzeit die Eskalationsmacht behält.

Alle Prognosen wie diese bleiben natürlich riskant. Zu vieles kann die Umstände jederzeit schnell ändern. Die Lage an der Front ist nur eine dieser Umstände. Da Putin aber schon bisher, wie sich nun zeigt, erfolgreich auf Zeit gespielt hat, ist zudem damit zu rechnen, dass er das weiter tun wird. Aus russischer Sicht zeigen Trump und seine Zugeständnisse nämlich vor allem eins: Der Westen ist im Niedergang begriffen und er wird weiter schwächer werden. Heute mögliche Vereinbarungen sind aus dieser Sicht sehr wahrscheinlich schlechter als morgen mögliche. Trump möchte minimalistisch, dass die Kämpfe aufhören (und wird das dann *Frieden* nennen).

Putin will viel mehr. Putin ist also an einer schnellen Beendigung des Krieges nicht sonderlich interessiert. Das hat auch innenpolitische Gründe. Die russische Wirtschaft und Putins Legitimität fußen auf diesem Krieg und auf dem Konflikt mit dem Westen im weiteren Sinne. Eine Abkehr davon könnte in beiderlei Hinsicht kostspielig werden. Deshalb ist es aus Putins Sicht wohl weit besser, die USA in einen langwierigen politischen Prozess zu verwickeln, der von weiterer Unterstützung für die Ukraine abschreckt und einen ganzen Strauß an Möglichkeiten bietet, zwischenzeitliche Zugeständnisse zu erlangen, während Russland weiter kämpfen kann.

Oder knapp zusammengefasst: Putin ist an Verhandlungen interessiert, aber nicht daran wirklich zu verhandeln.

Über den Autor

Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat bis 2015 mehr als 15 Jahre das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und sich danach bis Anfang 2021 im Auftrag der EU bemüht, Public Diplomacy in und mit Russland zu fördern. 2021 und 2024 erschienen seine Bücher »Im Prinzip Russland. Eine Begegnung in 22 Begriffen« und »Wohin treibt Russland?: Szenarien für die Zeit danach«.

KOMMENTAR

Millionen für eine Unterschrift: Russlands Rekrutierung in den Regionen

Janis Kluge (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin)

Seit Beginn der Vollinvasion hat sich die Art der russischen Rekrutierung immer wieder gewandelt. Hatte Wladimir Putin zunächst versprochen, nur Berufssoldaten in der Ukraine einzusetzen, folgte im Herbst 2022 die Teilmobilmachung von offiziell rund 300.000 Männern. Im Folgejahr spielten Rekruten aus russischen Gefängnissen eine zentrale Rolle, die vor allem in Jewgenij Prigoschins Wagner-Armee kämpften. Es unterschrieben aber auch zunehmend Freiwillige bei der russischen Armee einen Vertrag, die von der hohen Bezahlung angelockt wurden. Die von den Medien BBC und Mediazona gemeinsam gesammelten Daten über Gefallene^[1] russische Soldaten zeigen diese Entwicklung über die letzten drei Jahre eindrucksvoll.

Im Laufe des Jahres 2024 hat sich das russische System der Rekrutierung noch einmal gewandelt. Unter den vielen finanziellen und nicht-monetären Anreizen ist vor allem eine hohe Sofortzahlung direkt nach der Vertragsunterzeichnung bei der Armee ausschlaggebend geworden. Größtenteils werden diese Boni aus den regionalen Haushalten bezahlt.

Regionale Einmalzahlungen für Rekruten wurden in einigen Teilen Russlands bereits im Frühjahr 2022 eingeführt. Seit November 2022 leistet auch die föderale Regierung in Moskau eine Einmalzahlung von 195.000 Rubel (ca. 2.000 Euro) für Eingezogene und Rekruten.^[2] Zunächst sollte sie wohl dazu dienen, den Widerstand gegen die Teilmobilmachung abzuschwächen. Dort wo es regionale Sofortzahlungen gab wurden sie zwischen 2022 und 2024 kaum verändert und reichten von ca. 50.000 bis maximal 400.000 Rubel (ca. 500 bis max. 4.000 Euro).

Im Jahresverlauf von 2024 stiegen die Sofortzahlungen allerdings in vielen Regionen rapide an. Ende Juli 2024 kündigte Putin an, dass auch der föderale Bonus von 195.000 Rubel auf 400.000 Rubel steigen werde. Gleichzeitig forderte er die Regionen auf, ebenfalls mindestens 400.000 Rubel beizutragen. Viele Regionen gingen jedoch weit darüber hinaus.^[3]

Extreme Unterschiede bei den regionalen Einmalzahlungen

Teilweise werden für russische Verhältnisse aberwitzige Beträge geboten. So wird Rekruten in Samara derzeit ein Sofortbonus von 3,6 Millionen Rubel (ca. 36.000 Euro) aus dem regionalen Haushalt versprochen. Einschließlich des föderalen Bonus kann ein Rekrut also mit 4 Millionen Rubel (ca. 40.000 Euro) Sofortzahlung rechnen, was einem 5fachen durchschnittlichen

Jahresgehalt in der Region entspricht. Gleichzeitig sind andere Regionen bei dem von Putin geforderten minimalen Bonus von 400.000 Rubel geblieben.

Eine mögliche Erklärung für diese enormen Unterschiede ist, dass die Regionen bei der Rekrutierung ein bestimmtes Soll erfüllen müssen, was teilweise sehr hohe Zahlungen nötig macht. Aus Sicht des Kremls gäbe es sowohl politische als auch wirtschaftliche Gründe, die Rekrutierung regional mit Sollvorgaben zu steuern, und nicht in allen Landesteilen dieselben Anreize zu bieten.

Da der Einsatzort der Rekruten größtenteils an der Front ist, ist die russische Armee als Arbeitgeber vom Wohnort der Rekruten unabhängig. Wo die Menschen gut verdienen, etwa in Moskau oder St. Petersburg, sind die einheitlichen Gehälter des Militärs nicht sehr verlockend. In ärmeren Regionen, in denen die Menschen wenig Perspektiven haben, sieht das natürlich anders aus.

Wären die Boni überall gleich, würden sich daher viel mehr Rekruten aus armen Regionen melden. Angesichts der Daten von BBC und Mediazona scheint das auch in den ersten Kriegsjahren der Fall gewesen zu sein: Aus Burjatien stammen doppelt so viele der identifizierten Todesopfer, obwohl Moskau die 13fache Einwohnerzahl hat.^[4] Auch das überdurchschnittliche Anwachsen von Bankeinlagen in ärmeren Regionen zeigt, dass in den ersten drei Kriegsjahren vor allem aus armen Landesteilen rekrutiert wurde.^[5]

Auch wenn hinter der ungleichen Verteilung politisches Kalkül vermutet wurde (bspw. die Hauptstadt zu schonen), kann die hohe Konzentration der Rekrutierung aus bestimmten Regionen auf Dauer problematisch sein. Sie kann dazu führen, dass die Verluste des Krieges für die Menschen vor Ort sehr spürbar und auch sichtbar werden. Zu viele Todesfälle im Bekanntenkreis oder auch Kriegsversehrte im Straßenbild könnten die Einstellung der Menschen zum Krieg verändern. Auch wenn Putin sich wohl kaum vor politischem Unmut in ärmeren Regionen fürchten muss, ist es aus Sicht des Kremls dennoch vorteilhafter, den Blutzoll gleichmäßiger über das Land zu verteilen.

Außerdem kann die Rekrutierung für die Wirtschaft zum Problem werden: Der russische Arbeitsmarkt ist sehr stark fragmentiert und die Mobilität der Bevölkerung ist eher gering. Daher können sich die Gehälter in den russischen Regionen extrem stark unterscheiden. In den ärmeren Regionen haben sich Wirtschaftssektoren entwickelt, die auf sehr günstige Arbeitskräfte angewiesen sind, etwa in der Landwirtschaft. Wird nun lokal sehr intensiv rekrutiert, kann dies ganze Industriezweige lahmlegen.

Aus diesen Gründen wäre es für den Kreml nahelegend, die regionale Verteilung der Rekruten zu steuern. Er könnte den Regionen ein individuelles Soll für die Rekrutierung auferlegen, das diese dann – mit lokal angepassten Mitteln – zu erreichen haben. Die Regionen könnten mit verschiedenen Methoden experimentieren und ggf. voneinander lernen, wie die Zielwerte am besten zu erreichen sind. Die rapide steigenden regionalen Sofortzahlungen könnten das Ergebnis solcher Vorgaben und überregionaler Lernprozesse sein.

Hohe Einmalzahlungen führen zu deutlich mehr Rekruten

Der Erfolg der russischen Rekrutierung lässt sich nicht zuverlässig messen, er kann aber anhand verschiedener Quellen geschätzt werden. Zum einen gibt es offizielle Stellungnahmen, bspw. vom stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Sicherheitsrates Dmitrij Medwedew. Er nannte für das erste Halbjahr 190.000 Rekruten [6] (und ein Tempo von 1.000 Rekruten pro Tag) und für das Gesamtjahr 2024 450.000 Rekruten [7]. Da diese Erfolgsmeldungen auch Teil von strategischer Kommunikation innerhalb Russlands und ins Ausland sind, kann ihnen natürlich nicht unmittelbar vertraut werden.

Eine weitere Datenquelle sind russische Haushaltsdaten, die weiterhin relativ detailliert veröffentlicht werden. Die föderalen Zahlungen für Rekruten unterliegen (bislang) nicht der Geheimhaltung. Sie stützen zumindest im ersten Halbjahr die von Medwedew genannte Größenordnung. So wurden im ersten Halbjahr Haushaltsmittel bereitgestellt, um für 166.000 Rekruten föderale Boni auszuzahlen (nicht alle Rekruten erhalten einen Bonus, für Gefängnisinsassen gelten bspw. andere Regeln). Im dritten Quartal gingen die föderalen Auszahlungen etwas zurück. Die Daten des vierten Quartals sind noch nicht veröffentlicht.

Über den Autor

Dr. *Janis Kluge* ist Stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Er promovierte an der Universität Witten/Herdecke in Wirtschaftswissenschaften. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands, Innenpolitik und Sanktionen.

Verweise

- [1] <https://www.bbc.com/russian/articles/c93lklg89e8o>
- [2] <https://www.rbc.ru/politics/03/11/2022/636412bf9a794754a051c028>
- [3] Einen Überblick über die regionalen Boni bietet <https://gogov.ru/articles/contract-payroll>
- [4] <https://www.bbc.com/russian/articles/c93lklg89e8o>
- [5] <https://publications.bof.fi/handle/10024/53281>
- [6] <https://www.kommersant.ru/doc/6807304>
- [7] <https://www.kommersant.ru/doc/7458414>
- [8] Einige Beispiele finden sich unter <https://janiskluge.substack.com/p/money-talks-russian-recruitment-takes>
- [9] <https://www.ft.com/content/fd2f5c67-9705-495a-8a30-622dc8f55143?shareType=nongift>

Durch die Einführung hoher Boni auf regionaler Ebene lässt sich das Tempo der Rekrutierung inzwischen aber auch in regionalen Haushalten nachvollziehen. Hier zeichnet sich eine deutliche Beschleunigung ab. Die Ausgaben für Boni lassen sich nicht in allen Regionen genau zuordnen und sind weniger eindeutig als die föderalen Daten, allerdings gibt es zumindest in 38 Regionen entsprechende Ausgabenposten (von 89, einschließlich 6 illegal annektierter ukrainischer Regionen).

In vielen Regionen hat sich die Dynamik der Rekrutierung gegen Ende des Jahres in einem gewissen Verhältnis zur Bevölkerungszahl eingependelt. In den meisten Fällen liefern die Regionen etwa einen Rekruten pro Tag je 100.000 Einwohner. In der Oblast Moskau (8,7 Millionen Einwohner) sind es bspw. etwa 80 Rekruten täglich, in der Oblast Saratow 24 pro Tag (2,4 Millionen Einwohner), in Adygeja rund 5 pro Tag (0,5 Millionen Einwohner), in der Oblast Omsk rund 20 pro Tag (1,8 Millionen Einwohner) usw. [8]

Gelänge es allen Regionen, eine ähnlich hohe Rate zu erreichen, käme Russland zum Jahresende auf rund 1.400 neue Rekruten pro Tag. In vielen Regionen zeigen die Haushaltsdaten, dass die finanziellen Anreize wirken: Nach einer Anhebung des Boni melden sich deutlich mehr Rekruten.

Allerdings sagt die bloße Zahl der Rekruten wenig über ihre Eignung und Kampfkraft aus: Immer häufiger sind die Neulinge bspw. über 50 Jahre alt. [9] Außerdem machen die weiter steigenden Sofortzahlungen deutlich, dass die freiwillige Rekrutierung nach und nach schwieriger wird. Die Belastung der regionalen Haushalte steigt ebenfalls. Führt Russland seinen Angriff mit unverminderter Intensität fort, dürfte sich daher mittelfristig die politisch heikle Frage einer erneuten Teilmobilmachung stellen.

Ernüchterung nach dem Fest der Haushaltsausgaben

Andrei Yakovlev (Davis Center der Universität Harvard, Cambridge, MA / Freie Universität Berlin)

Nach drei Jahren Krieg lässt sich konstatieren, dass die Wirtschaft in Russland sich als sehr viel stabiler erwiesen hat, als das im Frühjahr 2022 nicht nur fast alle westlichen, sondern auch viele russische Expert:innen annahmen. Natürlich können wir diskutieren, inwieweit die Statistikbehörde Rosstat die Daten »aufgebessert« hat. Es ist jedoch offensichtlich, dass trotz der breitgelegten internationalen Sanktionen, die nach Beginn der russischen Vollinvasion in die Ukraine verhängt wurden, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Russland 2022 nur unwesentlich schrumpfte. 2023 und 2024 war dann sogar ein Wirtschaftswachstum zu beobachten. Dieses Wachstum des BIP wurde von steigenden Reallöhnen begleitet, und zwar nicht nur in der Rüstungsindustrie, sondern auch in den nichtmilitärischen Branchen.

Diese Entwicklung lässt sich durch verschiedene Faktoren erklären. Die Entscheidung des Kreml für den Krieg wurde getroffen, ohne die Interessen der Unternehmen oder die Argumente des Wirtschaftsblocks in der Regierung zu berücksichtigen. Die russischen Unternehmen hatten allerdings seit Ende der 2000er Jahre viel Erfahrung gesammelt, um plötzlichen Schocks zu widerstehen. Die in den 2010er Jahren gestiegene Qualität der russischen Bürokratie – mit einem Rückgang der Korruption auf der unteren und mittleren Ebene – blieb von vielen Expert:innen im Westen unbeachtet. Das Gleiche gilt für die effizienten, schnell wirksamen Kommunikationsmechanismen zwischen Staat und Unternehmen, die während der Coronapandemie entwickelt wurden. Dadurch konnten 2020 wirksame Instrumente für eine Unterstützung durch den Staat entwickelt werden, die dann im Frühjahr 2022 erneut und in sehr viel größerem Umfang aktiviert wurden.

Darüber hinaus spielte auch der widersprüchliche Zuschnitt der Sanktionen eine wichtige Rolle. Die Sanktionen gegen russische Ölexporte, die den russischen Staatshaushalt am stärksten treffen konnten, wurden erst im Dezember 2022 verhängt. Dadurch erzielte Russland 2022 aufgrund der gestiegenen Energiepreise im Vergleich zu 2021 zusätzliche Exporteinnahmen in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar. Die persönlichen Sanktionen, die gegen russische Großunternehmer ohne eine für die Unternehmen verständliche Exit-Strategie verhängt wurden, haben dazu geführt, dass die Oligarchen samt ihrem Kapital in den Armen des Kreml landeten.

Darüber hinaus wurde das Jahr 2022 von einem offensichtlichen Bruch zwischen dem Westen und den Ländern des »globalen Südens« geprägt. Die Sicherheitsexpertin Fiona Hill erklärte im Mai 2023, die stärker entwickelten Länder hätten die zunehmende Rolle

des »globalen Südens« im weltweiten Handel und dem Finanzsystem unterschätzt. Dadurch blieb die Wirksamkeit der von den USA und der EU verhängten Sanktion recht begrenzt, weil sie nicht auch von einer Mehrheit der Länder des »globalen Südens« unterstützt wurden. Der Umstand, dass man sich nicht den Sanktionen anschloss, bedeutet allerdings nicht, dass die betreffenden Länder Russland unterstützen. Die Regierungen dieser Länder waren schlicht und einfach nicht bereit, die Kosten der Sanktionen zu tragen. Gleichzeitig verdienen Unternehmen aus diesen Ländern an der Umgehung der Sanktionen – unter Berücksichtigung der Bedingungen, die Russland diesen Unternehmen bot. In Wirklichkeit jedoch bedeutete es eine Krise jenes »regelbasierten Modells«, das die entwickelten Industrieländer etliche Jahrzehnte vorangetrieben hatten.

Zweifellos spielten auch die Anreize eine erhebliche Rolle, die sich durch den Beginn des Krieges ergaben und vom Kreml wirksam genutzt wurden. Diese Anreize betrafen nicht nur die Rücklagen, die in den vergangenen 20 Jahren durch die Anstrengungen von Alexej Kudrin, German Gref und anderen liberalen Technokraten in der Regierung gebildet worden waren. Der Kreml griff nach Kriegsbeginn auf diese Reserven zurück, und der dadurch erzeugte »Haushaltsimpuls« stützte in der Wirtschaft spürbar die Nachfrage. Auch der Rückzug großer europäischer Unternehmen aus Russland spielte eine Rolle. Die Auswirkungen dieser Prozesse sind mit denen der Rubelabwertung von 1998/99 vergleichbar. Die hatte seinerzeit dazu geführt, dass die Rubelpreise für Importe in Rubel auf das Drei- bis Vierfache stiegen. Vor diesem Hintergrund hatten sich Nischen für russische Hersteller geöffnet. 2022 entstanden solche Nischen (und die damit verbundenen Gewinnmöglichkeiten) aufgrund der durch die Sanktionen ergangenen Importverbote für europäische Waren. Eine andere Quelle für Renten war die Umverteilung der Assets ausländischer Unternehmen, die ihre wirtschaftliche Betätigung in Russland eingestellt hatten. Hier drängt sich die Analogie zu den Renten auf, die sich in den 1990er Jahren aus der Privatisierung ergaben. Schließlich wäre noch das Bestreben zu nennen, die Sanktionen zu umgehen. Das führte dazu, dass eine ganze Zwischenhändlerindustrie entstand, die daran gut verdient. Auch hier gibt es wohl eine Analogie, nämlich zu den Finanzmittlern, die in den 1990er Jahren Bartergeschäfte und die geldlose Verrechnung organisierten. Und dann verdienten die Banken – wie in den 1990er Jahren – sehr gut an den Operationen mit dem Staat. Seinerzeit ging es um den Markt der kurzfristigen Staatsanleihen (GKO) und

den Devisenhandel, jetzt war es die Vergabe von Krediten aufgrund von staatlichen Programmen mit Zinssätzen, die von der Regierung subventioniert wurden.

All diese Möglichkeiten für Rent-Seeking haben bei den russischen Unternehmen für eine gewisse Euphorie gesorgt, die 2023 und Anfang 2024 bei den Unternehmensbefragungen deutlich erkennbar war, die die Zentralbank durchführte. Diese Möglichkeiten fielen allerdings im gleichen Maße zusammen, wie die Quellen der jeweiligen Renten versiegten. In den 1990er Jahren dauerte dieser Prozess sieben Jahre und wurde durch den Zusammenbruch und die Rubelabwertung vom August 1998 abgeschlossen. Jetzt reichten die Quellen für die Renten, mit denen gleichzeitig der Krieg finanziert, die Sozialleistungen bestritten und die Wirtschaft gestützt werden konnten, für zweieinhalb Jahre. Schon seit dem Herbst 2024 wurde klar, dass der Kreml vor der Wahl zwischen »Kanonen« und »Butter« steht.

Der Haushaltsentwurf (Finanzplanung) für die Jahre 2025 bis 2027, der im September in die russische Staatsduma eingebracht wurde, zeigte deutlich, dass für den Kreml die Verteidigungsausgaben Priorität haben. Deren Umfang wurde nicht nur um 25 Prozent erhöht (nach einem 70-prozentigen Anstieg im Haushalt 2024), sondern es wurde auch für 2026 und 2027 eine Fortführung dieses Rekordniveaus festgeschrieben – im Unterschied zum vorherigen Haushalt, in dem für die Zeit nach 2024 eine Reduzierung dieser Ausgaben vorgesehen war. Gleichzeitig wurde zum ersten Mal unter Putins Herrschaft nominal eine Kürzung der Ausgaben unter dem Einzelplan »Sozialpolitik« angesetzt. Vor diesem Hintergrund führte die Erhöhung des zentralen Zinssatzes auf 21 Prozent, die die Zentralbank zur Inflationsbekämpfung und zur Verhinderung eines Überhitzens der Wirtschaft vorgenommen hat, offensichtlich zu einer angespannten Stimmung in den Unternehmen. In der Öffentlichkeit setzten heftige Diskussion über die Folgen der hohen Zinssätze und das Risiko massenhafter Insolvenzen in der Baubranche sowie in anderen Wirtschaftsbereichen ein. Diese Anspannung führte zwar zu keiner wirklichen Krise, doch räumen sämtliche Expert:innen ein, dass eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums unausweichlich ist. Und die dürfte zu Lasten der nichtmilitärischen Branchen erfolgen.

Was bleibt unter dem Strich? Die Wirtschaft in Russland hat den Belastungen durch die Sanktionen standgehalten, allerdings zu einem hohen Preis. Die Rücklagen, die über 20 Jahre hinweg gebildet wurden, sind praktisch aufgebraucht. Gleichzeitig erfolgte nahezu das gesamte Wachstum, das 2023 und 2024 zu beobachten war, allein in der Rüstungsindustrie und benachbarten Branchen. Beim Außenhandel hat sich eine starke Abhängigkeit von China entwickelt (über ein Drittel der Exporte und Importe entfallen auf den südöstlichen Nachbarn). Bis

2022 hatte es derartige Werte noch beim Handel mit der EU gegeben. Während die russischen Firmen durch ihre Beziehungen zu europäischen Partnern auch noch Investitionen und einen Zugang zu neuen Technologien erhielten, geht es bei der Volksrepublik allein um Handel, bei dem ein Großteil der Gewinne von chinesischen Firmen gemacht wird.

Zu Beginn des Krieges verfügten die meisten Industriebranchen in Russland über recht moderne Produktionsanlagen. Diese Modernisierung war mit Hilfe westlicher Technologien und Maschinen erfolgt. Daher mussten die russischen Unternehmen nach Verhängung der Sanktion das Problem lösen, wie sie sich mit Ersatzteilen und Komponenten für diese Anlagen versorgen könnten. Das wurde bereits 2022 unternommen, indem man zu Lieferungen aus China und der Türkei überging. Jetzt allerdings wird es notwendig, die Anlagen durch neuere zu ersetzen. Und es liegt auf der Hand, dass sich der Rückstand zu entwickelten Industrieländern weiter vergrößert hat. Ein markantes Beispiel ist die Entscheidung von Ende 2024, die Laufzeiten Zehntausender Fahrstühle in Wohnblöcken zu verlängern.

Die russische Industrie ist nicht in der Lage, die nötige Menge Fahrstühle herzustellen, und für Importe fehlt das Geld.

Darüber hinaus leidet die Wirtschaft durch die Mobilmachung, die Rekrutierung von Vertragssoldaten und die große Emigrationswelle unter einem drastischen Arbeitskräftemangel. Gleichzeitig wachsen die sozialen Spannungen, da der Anstieg der Reallöhne 2023 und 2024 bekanntermaßen nur die »Durchschnittstemperatur im Krankenhaus« widerspiegelt, besonders in den Regionen. Die Durchschnittswerte, die Rosstat vermeldet, setzen sich aus den gestiegenen Einkommen der Familien von Mobilisierten und Vertragssoldaten (auf das Drei- bis Vierfache) und dem fehlenden Anstieg bei den Einkommen von Ärzt:innen, Lehrer:innen, Rentner:innen sowie vielen Mitarbeiter:innen in der Privatwirtschaft zusammen, bei denen die Gehälter und Löhne nicht mit jenen in der Rüstungsindustrie schritthalten können.

Das alles bedeutet nicht, dass die Wirtschaft in Russland morgen oder übermorgen zusammenbricht. Ihr steht aber in der Zukunft eine langwährende Stagnation bevor. Die Tendenz in dieser Richtung wird durch eine bereits seit 2023 erfolgende Umverteilung von Eigentum verstärkt (wobei es die dem Kreml gegenüber völlig loyalen »neuen Unternehmer« sind, die Assets erhalten). Die im Februar begonnenen Gespräche zwischen dem Kreml und der neuen US-Administration werden hier kaum etwas ändern. Die EU war einst der wichtigste Handelspartner Russlands; sie bot einen Zugang zu Technologien und Entwicklungsmöglichkeiten. Auf europäischer Seite ist aber hinsichtlich der Beziehun-

gen zu Putin keine Veränderung zu erwarten. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass in drei Jahren Krieg jene menschlichen und finanziellen Ressourcen aufgebraucht sind, die in den 2000er und 2010er Jahren aufgebaut

wurden, und die man jetzt für eine Weiterentwicklung hätte einsetzen können.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrei Yakovlev ist assoziierter Wissenschaftler am Davis Center der Harvard University sowie Gastwissenschaftler am Exzellenzcluster »Contestations of the Liberal Script« (SCRIPTS) der Freien Universität Berlin.

Drei Jahre Krieg: Die Lage der Dinge an den Fronten und in den Armeen

Nikolay Mitrokhin (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Ein zentraler Begriff, mit dem sich gegen Ende des dritten Kriegsjahres die Lage der Dinge an den Fronten beschreiben ließe, ist »Erschöpfung«. Und das gilt in erster Linie für die menschlichen Ressourcen, die unter dem gegenwärtigen Rekrutierungsmodell der beiden Armeen an ihre Grenzen stoßen. Auf beiden Seiten der Front fehlt das Personal für die eingeschlagene Kriegsstrategie. Das gilt in erster Linie für die Infanterie an vorderster Front, deren Reihen mit Soldaten aus spezialisierten Einheiten in den rückwärtigen Gebieten und mit immer kostspieligeren Vertragsoldaten aufgefüllt werden. Im Laufe eines Jahres haben sich in Russland die Bonuszahlungen für einen Vertragsabschluss verzehnfacht und sind bis auf 27.000 US-Dollar hochgeschwungen. In der Ukraine sind ähnliche Zahlungen für Freiwillige der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen eingeführt worden, die nicht der Einberufung unterliegen. Die Zahlungen in der Ukraine waren von Anfang an etwas höher als die in Russland (30.000 USD) und gehen mit einer Vielzahl anderer Vergünstigungen einher. Auf russischer Seite, wo die Verluste intensiver sind, hat sich im Winter 2024/25 verbreitet die Praxis entwickelt, dass verwundete und noch nicht auskurierte Soldaten aus frontnahen Krankenhäusern in die Sturmtruppen abkommandiert werden. Das Internet ist voll von Videoaufnahmen ukrainischer Drohnen, auf denen russische Soldaten zu sehen sind, die auf Krücken zu den Frontgräben humpeln und mit den Gehhilfen versuchen, den heranschwebenden surrenden Tod abzuwehren.

Drohnen verschiedener Art sind im Laufe des dritten Kriegsjahres zum wichtigsten Waffentyp geworden. Sie übernehmen die Aufklärung und gewährleisten die Versorgung der Einheiten an vorderster Front. Vor allem aber sind sie die wichtigste Angriffswaffe an der Front, die sowohl gegen Soldaten wie auch gegen militärisches Gerät eingesetzt werden. Sie haben von ihrer Bedeutung her die Artilleriegeschosse abgelöst, und mehr noch sämtliche Arten mobiler Waffensys-

teme und Schusswaffen, über die die Infanterie sonst noch verfügt.

Aufgrund des intensiven Einsatzes von Drohnen ist anderes militärisches Gerät an oder in der Nähe der Front zu einem »wunden Punkt« der kriegsführenden Seiten geworden, und zwar trotz des verstärkten und erweiterten Arsenal an Instrumenten für den elektronischen Kampf (EK; engl.: *electronic warfare* – EW), die jetzt praktisch an allen Geräten und Fahrzeugen angebracht werden und an den Schwerpunktstellungen vorhanden sind. Die Ausfälle von militärischem Gerät haben derartige Dimensionen erreicht, dass russische Militärangehörige im vergangenen Jahr von zwar alten und »wiederhergestellten« gepanzerten Fahrzeugen auf noch ältere sowjetische Fahrzeuge mit abgesägten Dächern und auf Motorräder umsattelten. Mitunter kommen gar Maultiere und Kamele zum Einsatz. Auf ukrainischer Seite ist die Lage ein wenig besser, doch auch hier führen Versuche, die Front mit Fahrzeugen zu durchbrechen – selbst, wenn sie nicht sonderlich weit reichen – zu erheblichen Verlusten. Die sind besonders schmerzhaft, weil die Ukraine über wenig eigenes Gerät verfügt und die Lieferungen aus dem Westen im Grunde kümmerlich sind.

Die technischen Veränderungen bei der Kriegführung sind derart groß und zielstrebig, dass beide Seiten wohl hoffen, eine Wunderwaffe zu finden, die bei minimalen Investitionen und durch massenhaften Einsatz den Gegner in die Knie zwingen kann. Das erfolgte beispielsweise im vergangenen Jahr auf dem Schwarzen Meer, als ukrainische Seedrohnen eine Reihe erfolgreicher Angriffe fuhren und die russische Schwarzmeerflotte aus ihren gewohnten Buchten nach Osten vertrieben und sie damit praktisch aus dem Spiel nahmen. Dann schossen am 31. Dezember 2024 eben diese unbemannten Boote mit ihren Luftabwehrgeschützen mit Boden-Luft-Raketen zwei russische Hubschrauber ab. Das war der erste Kampf in der Geschichte zwischen schwimmenden Drohnen und von Menschen gesteu-

erten Fluggeräten – und es bedeutete im westlichen Schwarzen Meer eine ernste Gefahr für die russische Luftwaffe.

Das könnte die gesamte militärische Lage in dem Gebiet verändern, da die russischen Garnisonen auf den Inseln vor der besetzten Schwarzmeerküste der Krim und des Gebietes Cherson überwiegend aus der Luft versorgt werden. Und die meisten Flugplätze auf der Krim – auf denen nicht nur Hubschrauber stationiert sind, sondern auch Flugzeuge und Hubschrauber der russischen Marine – liegen in Küstennähe, weswegen die Hubschrauber und Flugzeuge während des Anflugs verwundbar sind.

Auf russischer Seite stellten sich die Gleitbomben als eine solche »Wunderwaffe« heraus, die im vergangenen Jahr den russischen Truppen am Boden den Weg ebneten, indem sie starke ukrainische Verteidigungsstellungen wie die bei Awdijiwka, Krasnohoriwka, Uhledar, Welyka Nowoselka und Torezk vernichteten. Eine andere wichtige Neuentwicklung waren die mit Hilfe von Glasfasern gesteuerte Drohnen, die verhindern konnten, dass die Operation der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet Kursk plangemäß durchgeführt wird.

Allerdings ist eine »Wunderwaffe« wie auch ein einfach neues und gutes Waffensystem kein Allheilmittel; sie muss auch taktisch gekonnt eingesetzt werden, im Zusammenspiel mit anderen Waffenarten, und unter Beachtung des wichtigsten Ziels: dass nämlich das Leben der eigenen Soldaten bewahrt wird.

Hier erlebten beide Seiten eine Enttäuschung. Die gut ausgebildeten und gut ausgerüsteten Brigaden der ukrainischen Streitkräfte, die im August 2024 in das russische Gebiet Kursk in verschiedenen Richtungen vordrangen, verloren viel westliches Gerät, weil sie in den ersten Tagen bei erfolglosen Durchbruchversuchen in Kolonnen vorrückten. Dadurch haben sich die ukrainischen Streitkräfte nicht nachhaltig in der Region festsetzen können. Die dänischen F-16, die im Herbst geliefert wurden, und auf die sich große Hoffnungen gerichtet hatten, konnten an der Front nicht ihre Wirkung entfalten. Eine von ihnen ging gleich beim ersten Kampfeinsatz in der Landesmitte verloren. Die Ukraine hat die Produktion und den Einsatz von schweren Angriffsdrohnen drastisch hochgefahren, die Objekte tief im russischen Hinterland (u. a. Raffinerien) ins Visier nehmen. Allerdings gelang es mit diesen Angriffen nicht, in Russland eine Treibstoffkrise zu erzeugen oder die russischen Lieferungen von Ölprodukten über die Ostsee- und Schwarzmeerbahnen zu unterbinden. Mehr noch: Als Antwort zerstörte Russland über die Hälfte der ukrainischen Energiekapazitäten.

Durch den Einsatz von Gleitbomben sind in den Städten der Ukraine zwar etliche Gebäude sowie Schwerpunktstellungen an der Front zerstört worden,

doch ist es Russland gleichzeitig nicht gelungen, die eigenen Verluste an Mannschaften und Gerät zu verringern. Der Einsatz dieser Bomben blieb mindestens in einem Drittel der unternommenen Angriffe erfolglos (insbesondere im Nordosten der Ukraine, u. a. bei Siwersk, Kupjansk, Wowtschansk und Charkiw. Ebenso wenig haben die Glasfaser-Drohnen bewirkt, dass die ukrainischen Truppen ganz aus dem Gebiet Kursk herausgedrängt werden konnten.

Der Hauptschwachpunkt ist bei beiden Streitkräften weiterhin die Qualität der Planung konkreter Operationen und der politische Druck auf das Militär. Auf beiden Seiten sprechen interne Kritiker etwa auf russischer Seite davon, dass sich die russische Armee in den vielen Städten und Dörfern im Donbass sowie im Norden des Gebiets Charkiw »aufgegeben« habe, ohne eine strategische Niederlage der ukrainischen Streitkräfte zu erreichen. Die ukrainische Armee wiederum habe in diesem Jahr im Gebiet Kursk Reserven verbraucht, anstatt die russischen Durchbrüche im Donbass und im Gebiet Charkiw abzuwehren. Dadurch habe man fast den gesamten Süden des Gebietes Donezk verloren sowie sämtliche der wenigen Erfolge von 2023 an der Front bei Saporishshja zunichte gemacht.

In dieser Hinsicht brauchen beide Armeen (wie auch beide Länder und beide Volkswirtschaften) zweifellos ein Ende der Kampfhandlungen und eine Erholung. Die Ukraine ist hier leider in einer schwächeren Position, da die russische Armee weiterhin vorrückt, auch wenn sich im Januar und Februar 2025 das Tempo des Vormarsches erheblich verringert hat.

Es liegt nahe, dass bei einer Analyse für die Gründe der faktischen Niederlage der Ukraine in diesem Krieg – auch wenn wir noch viele Worte hören, sie habe gesiegt, weil sie sich als Staat behauptete, was ja auch der Wahrheit entspricht – neben für die ukrainische Propaganda typischen, an den Westen adressierten Argumenten von mangelnder Unterstützung, einem Unwillen, bestimmte Waffentypen zu liefern, oder der Weigerung, selbst im Osten zu kämpfen, auch andere Argumente auftauchen könnten, wie sie jetzt (wenn auch begrenzt) in der ukrainischen Presse erörtert werden. Dabei geht es nicht nur um Korruption (die insgesamt das Mobilisierungspotenzial des Landes erodieren ließ und die Bereitstellung von all dem behinderte, was an der Front benötigt wurde). Thematisiert wird auch die mangelhafte Planung auf allen Ebenen und das verspätete und sehr fragmentarische Interesse der Staatsführung an einer Stärkung der eigenen rüstungsindustriellen Potenziale, weil man auf eine großzügige und kostenlose Unterstützung durch den Westen gehofft habe.

Dem Präsidenten der Ukraine zufolge habe das Land erst vor kurzem begonnen, wenigstens 30 Prozent der benötigten Menge an Waffensystemen zu produzieren.

Alles andere seien Lieferungen aus dem Westen. Zuvor sei die Lage noch schlimmer gewesen.

Russland hingegen kann auf die eigene Rüstungsindustrie zurückgreifen. Allerdings hat im Laufe des vergangenen Jahres die Abhängigkeit von Lieferung von Munition (vor allem von Artilleriegeschossen) und Drohnen aus dem Iran und aus Nordkorea zugenommen. Pjöngjang ist zu einem »strategischen Partner« geworden und stellte eine kleinere Menge Waffen und Soldaten zur Verfügung, was sich übrigens in keiner Weise auf die Effektivität der Kampfhandlungen auswirkte.

In drei Jahren Krieg mit riesigen Verlusten hat keine der beiden Konfliktparteien ihre erklärten Ziele erreicht.

Der Aggressor Russland hat es weder vermocht, die Ukraine unter seine Kontrolle zu bringen, noch die vermeintliche militärische Gefahr für seine Grenzen zu bannen. Allerdings ist es Moskau gelungen, konkrete taktische Ziele zu erreichen. So konnten die ukrainischen Streitkräfte aus der Region Luhansk vertrieben und wei-

ter von der Stadt Donezk abgedrängt werden. Gebiete mit großen Kohle-, Lithium- und Salzvorkommen im Zentrum und im Süden der Region Donezk wurden unter Kontrolle genommen. Und es gelang, einen Landkorridor zur Krim zu schaffen und umfangreiche fruchtbare Gebiete im Südosten der Ukraine zu besetzen.

Die Ukraine hat es geschafft, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen und die Geschlossenheit ihres Volkes und der Gesellschaft im Kampf gegen einen um das mindestens dreifache stärkeren Feind zu wahren.

Es wird sich zeigen müssen, ob es gelingen wird, mit Hilfe der im Februar begonnenen Gespräche einen Plan zur Beendigung des Krieges auszuarbeiten und umzusetzen. Es besteht eine realistische Chance, dass die Kämpfe zum Jahresende beendet sein könnten; allerdings wird dies bis jetzt durch nichts anderes als durch Hoffnung und verkündete Absichten untermauert.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Der vorliegende Kommentar ist eine übersetzte und gekürzte Fassung eines russischsprachigen Artikels, der in einer englischen Fassung unter dem Titel »Three Years Since the Invasion: How the Russia-Ukraine Front Line Looks Today« am 24.02.2025 bei Russia.Post online erschienen ist: https://russiapost.info/politics/three_years_invasion.

Über den Autor

Dr. *Nikolay Mitrokhin* ist assoziierter wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er schreibt für die Zeitschrift OSTEUROPA regelmäßig in einem Blog über aktuelle Entwicklungen im Krieg Russlands gegen die Ukraine (<https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/themenschwerpunkt/fokus-krieg-in-der-ukraine/>).

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992.

Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus oder Polen Gebrauch zu machen, um z.B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>